Horst Schreiber

Bildung als Ware

Die Merkmale von drei Jahren schwarz-blauer Regierungspolitik lassen sich im Bildungsbereich kurz auf folgenden Nenner bringen:

- **Lehrpflichterhöhung** durch die Herausnahme von nicht-unterrichtlicher LehrerInnentätigkeit aus der Wochenarbeitszeit (Klassenvorstand, Kustodiate) und die Einführung von **Jahresarbeitszeitmodellen**, dadurch weniger Zeit für Beratung und Betreuung und das Eingehen auf individuelle Bedürfnisse der SchülerInnen, insbesondere in Problemsituationen;
- **Verschlechterung der LehrerInnen-SchülerInnenrelation**, dadurch größere Klassen und Streichen von Klassen-Teilungen, Übungen, Freifächern und Integrations- und Fördermaßnahmen. Beides trifft besonders die Kinder sozial Benachteiligter, deren Mütter bzw. Väter finanziell nicht in der Lage sind, die Verschlechterungen im öffentlichen Bildungswesen „privat" am „freien Markt" auszugleichen;
- Rund **3.000 Schulklassen mit 30 und mehr SchülerInnen**, Tausende Schulabweisungen, – speziell im BMHS-Bereich (Berufsbildende mittlere und höhere Schulen);
- **Im Pflichtschulbereich** werden ländliche Schulstandorte bei gleichzeitigem **Abbau von 2.200 LehrerInnenplanposten** geschlossen. Als Folge davon wird insbesondere die Integration von MigrantInnen und von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf deutlich erschwert;
- **Im Höheren Schulbereich** erfolgt ein **Abbau von 1.300 LehrerInnenplanposten**;
- Eine **deutliche Zunahme der Teilzeitbeschäftigung** zulasten von Vollerwerberbsarbeitsplätzen ist festzustellen;
- Die **Überalterung** im LehrerInnenberuf greift um sich, die **LehrerInnenarbeitslosigkeit** steigt an;

- LehrerInnen haben **Reallohnverluste** zu verzeichnen, Überstunden werden im Durchschnitt um 5-15 Prozent geringer bezahlt als bisher, der Großteil der Supplierungen ist gratis durchzuführen;
- **Autoritäre Tendenzen** nehmen zu (neue Schulordnungen – Vertragsvereinbarungen);
- **Zugangsbeschränkungen zu höherer Bildung** sollen verschärft werden (Diskussion um Aufnahmetests im Sinne verschärfter Selektion an allen „Schnittstellen" des Bildungssystems, Heranziehung des Zeugnisses der 3. Klasse Volksschule in Innsbrucker Gymnasien);
- **Selbstbehalte und Direktzahlungen** für Eltern nehmen zu (Schulbücher „Schülerfreifahrt", Klassenräume, Laptopklassen usw.).

Hohe Profite im Bildungssystem

Diese schwarz-blaue Bildungspolitik stellt jedoch keine nationale Besonderheit dar, sie ist einerseits die weit konsequentere Fortschreibung der Politik von rot-schwarz und andererseits Ausdruck eines beschleunigten Nachholprozesses. Bereits 1994 haben sich die EU und die Welthandelsorganisation (WTO) darüber geeinigt, auch den Bildungssektor zugunsten des Privatkapitals zu liberalisieren und mit Hilfe der Prinzipien des freien Handels und des Marktes, der über die Ziele und die Organisation der Bildung bestimmen soll, neu zu ordnen. In der Zwischenzeit haben alle EU-Staaten im Rahmen der künftigen WTO-Bestrebungen ihre prinzipielle Bereitschaft zu Privatisierungen ihrer Bildungssysteme angemeldet. Die Hauptstoßrichtung der EU-Bildungspolitik besteht darin, konkurrenzfähige „Humanressourcen" (Fachwissen, Schlüsselqualifikationen, Fähigkeit zum selbstständigen Lernen) im Dienste der Unternehmen auszubilden. Der Mensch wird als Ware gesehen, die immer und überall verfügbar sein soll und sein Recht auf Existenz allein seiner Rentabilität und Leistungsfähigkeit verdankt. Da dem Menschen die ständige Pflicht zugewiesen wird, seine Brauchbarkeit nachzuweisen, kommt dem Bildungssystem seinerseits die Aufgabe zu, auf diese Pflicht zur Brauchbarkeit lebenslang hinzuarbeiten. Mit dem Menschen verkommen so auch Bildung und Ausbildung zur Ware.

Bisher war Bildung als gesellschaftlicher Auftrag und als Allgemeingut von öffentlichem Interesse definiert und daher dem Profitprinzip größtenteils entzogen, nun unterliegt der Bildungsbereich zunehmend der Logik des Marktes. Das Privatkapital versucht dem Bildungswesen die eigenen Ziele und Prioritäten aufzuzwingen und es als Marktsegment zu erobern. Von dieser „Tatsache" ausgehend erscheint nur mehr wesentlich, wer nach welchen Regeln welche Bildungsprodukte auf dem Weltmarkt verkaufen wird.[1]

Große Konzerne versuchen bisherige Staatsfunktionen zu übernehmen, profitträchtige Schulen und Universitäten zu betreiben bzw. die Hochschulplanung zu übernehmen. Eine besondere Rolle nimmt hierbei die Fernlehre ein. Sie ermöglicht, die Ausbildungs- und Weiterbildungskosten für den Staat und die Unternehmen zu minimieren, die Finanzierung auf die SchülerInnen und ArbeitnehmerInnen abzuwälzen und Inhalte und Form dessen, was gelernt und gelehrt wird, zu bestimmen. Bereits 1990 hielt die EU-Kommission in der Studie „Bildung und Erziehung im Fernstudium" fest: „Fernstudien sind besonders nützlich, um eine rentable Bildung und Ausbildung zu gewährleisten."[2] Das österreichische Bildungsministerium erhofft sich ein großes Potential an Einsparungsmöglichkeiten auf der Personalebene und durch die Verringerung oder Verkleinerung von Standorten infolge von Auslagerungen der Wissensvermittlung vom öffentlichen in den privaten bzw. virtuellen Raum. Hauptprofiteure dieser Entwicklung sind Wirtschaftssektoren, in denen besonders intensive Konzentrationsprozesse stattfinden, also Entwickler und Anbieter von Multimediaprodukten, Online-Diensten und Fernunterricht, die Telekommunikationsbranche und Unternehmen aus dem Informatikbereich. Nach einer Studie der amerikanischen Handelsbank „Meryll Lynch" wird sich die Zahl der Jugendlichen, die ein Studium absolvieren, bis zum Jahr 2025 weltweit auf etwa 160 Millionen belaufen. Heute sind es 84 Millionen, von denen bereits 40 Millionen einen Online-Unterricht in Anspruch nehmen, der im Schulsektor ebenfalls stark zunimmt.[3] Die ungeheuren Verdienstmöglichkeiten, die sich hier für die Unternehmen auftun, machen deren gewaltiges Interesse für die Fernlehre, das Entstehen eines „Bildungsmarktes" sowie die Produktion, Kontrolle und Vermarktung des Wissens samt der Propagierung des Prinzips „mehr privat, weniger Staat" ver-

ständlich. Daher auch das Bestreben, die Informationszugänge entgeltlich zu machen, das Wissen zu kommerzialisieren, zu monopolisieren, ins Privateigentum überzuführen und sich eine Riesenrendite durch Vergebührung jeden Zugriffs auf Information zu verschaffen.

Vorrang marktkonformer Qualifikationen

Da im Bildungssystem die absolute Priorität nun die Stärkung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt darstellt, verwandelt es sich zu einem Ort, in dem sich mehr eine „Kriegskultur" des jedeR gegen jedEn als eine „Lebenskultur" der Solidarität entwickelt. In den Vordergrund gerückt wird die Auswahl der „Besten" zulasten der Förderung der spezifischen Fähigkeiten der einzelnen SchülerInnen, die Förderung der Qualifikationen statt der allseitigen Entwicklung. „Wissen, das zählt" ist jenes, welches die Wirtschaftsunternehmen nachfragen und verbreiten, da durch den angeblichen Eintritt ins Zeitalter des Wissens, das Wissen zur bedeutendsten Ressource der „neuen Wirtschaft"

geworden ist. Hauptaspekt des Bildungssystems ist also, auf diese stromlinienförmige Verwertbarkeits- und Brauchbarkeitswissensgesellschaft vorzubereiten und den UnternehmerInnengeist zu fördern. Gleichzeitig verschärft sich die soziale Kluft zwischen denen, die Zugang zum neuen Brauchbarkeitswissen haben und den „Nichtqualifizierten". Die Leitlinie EU-Europas in der Bildungspolitik ist die digitale Alphabetisierung (Aufbau von „e-Europe") vom Vorschulalter an, um gegenüber den USA konkurrenzfähiger zu werden.[4] Im November 2001 hat der EU-Bildungsministerrat 13 bildungspolitische Zielsetzungen (v.a. Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit, Anpassung an die Informationsgesellschaft) bis 2010 verabschiedet, welche die Priorität der Ökonomisierung der Bildung herausstreichen: „Wir wollen die EU bis 2010 zum dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt machen."[5] Die europäische Bildungspolitik versucht der US-amerikanischen Maxime der völligen Indienstnahme der Bildung zu Zwecken der Qualifikation und ihre Reduktion auf die Zuliefer- und Zurichtungsfunktionen in der Hoffnung zu folgen, so den technologischen Rückstand aufzuholen und für die neue Unternehmenskultur mit ihrer postfordistischen Produktionsweise, die flexible, mobile, risikobereite, eigenverantwortliche, team- und projektorientierte ArbeitnehmerInnen benötigt, fit zu machen. Da künftig nur mehr ein kleiner Teil der Arbeitskräfte („Humankapital") zur volkswirtschaftlichen Wertschöpfung gebraucht werden, muss diese Elite für die „wissensgestützte Wirtschaft der Zukunft" besonders gefördert werden, während die Schule dem „Rest" Identifikationsmöglichkeiten („neue nationale Identität") und eine Ökonomisierung des Denkens, die Werteerziehung genannt wird, zur Verfügung zu stellen hat. Ganz im Sinne der Bildungsvorstellungen der EU sollen diese Schulen für die Massen mit speziellen Angeboten den Zusammenhalt der Gesellschaft garantieren und ihr drohendes Auseinanderdriften verhindern helfen. Das Leitbild der Kohäsion der Gesellschaft erhält Vorrang gegenüber der individuellen und kollektiven Emanzipation. Auf den Punkt gebracht hieße dies auch: „Wenige gute Schulen für eine Elite – Sozialpädagogik für den Rest".[6]

Der Ruf nach einer qualitätsvollen kostenfreien öffentlichen Erziehung für alle, nach einer „Bildungspolitik, die Wissen und Kenntnisse als ‚öffentliche Güter' anerkennt und ihren Schwerpunkt auf die Entwick-

lung, den Erhalt und die Weitergabe dieser Güter setzt, zum Aufbau einer Welt (...), die im wirtschaftlichen Bereich solidarisch, im sozialen Bereich effizient und im politischen Bereich demokratisch wäre", wird immer leiser.[7] Statt dessen sollen sich die Schulen zu Dienstleistungsbetrieben mit SchülerInnen als profitablen KundInnen entwickeln. Leistungsschwache, Verhaltensauffällige, Behinderte und MigrantInnen stellen demzufolge Kostenfaktoren dar, welche die betriebswirtschaftliche Rechnung nicht allzu sehr belasten dürfen. Das Recht auf Bildung wird zur Finanzierungsfrage:

> Die marktnahe kostenbewusste Problemlösungsfähigkeit – egal ob staatlich oder privat organisiert – wird gefördert (Schule als Betrieb). Unternehmensbewährte Regelungen werden auf die gesamte Staatstätigkeit übertragen (Personalmanagement, KundInnenorientierung, Kosten- und Leistungsrechnung, Budgetierung, Controlling auf der Basis permanenter Evaluation, Ranking, Benchmarking (von den Besten lernen). Vorbild für die Marktöffnung des Schulwesens sind die USA, wo sich eine große Bildungsindustrie mit profitträchtigen Werten an der Börse tummelt. Dieses Konzept ist auch ein internationales Konzept, das in und durch die EU und OECD gefördert wird.[8]

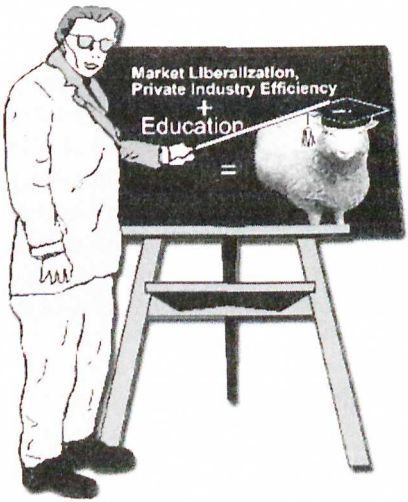
Das soeben konzipierte marktwirtschaftliche Denken in der Bildungspolitik nimmt im sozialdemokratischen „Dritten Weg" der „neuen Mitte" Tony Blairs und Gerhard Schröders einen prominenten Stellenwert ein. Es geht um die Umstellung des Sozialstaatssystems und des Bildungswesens auf das Subsidiaritätsprinzip zur Verbesserung der Steuerungsfunktion von Märkten durch die Politik und die Ersetzung ständisch-obrigkeitsstaatlicher Regelungen durch eine neue Partnerschaft von öffentlichem Sektor und Privatwirtschaft.[9]

Schulautonomie

Der Rückzug des Staates aus der Verantwortung für die Finanzierung des Bildungswesens („mehr Markt, weniger Staat", „Nulldefizit") hat be-

reits begonnen. Der Bildungsbereich wird zunehmend privatisiert und dort, wo er nicht profitabel ist, dem Ressourcenmangel ausgesetzt. Verantwortlich dafür sind vor allem der Prozess der Autonomisierung der Schule, der strukturelle Umbau des Lehrpersonals und als Basis dieser Entwicklungen die Veränderungen in der Unternehmenskultur, auf die im Rahmen dieses Aufsatzes nicht näher eingegangen werden kann.

An die Einzelschule werden bei gleichzeitiger Mittelkürzung und geplanter Einführung eines „Manager-Direktors" mit weitgehenden Befugnissen in finanzieller, personeller und inhaltlicher Hinsicht mehr Kompetenzen delegiert. In Wirklichkeit bleibt der Schule, d.h. speziell der Leitung und der Interessensvertretung, die Verantwortung für die konkreten Auswirkungen der Einsparungen, für die zunehmende Arbeitsbelastung, für die Verteilung der zu geringen Ressourcen und den daraus resultierenden Konflikten. Zum anderen müssen alle an der Schule Beteiligten gegenseitig dafür sorgen, dass die anstehenden Reformprojekte auf dem Weg zu einer „guten" Schule ohne ausreichende Mittelausstattung durch die öffentliche Hand aus pädagogischem Idealismus heraus durchgeführt werden. Auch die zusätzliche Beschaffung von Geldern wird dem Schulstandort aufgebürdet.



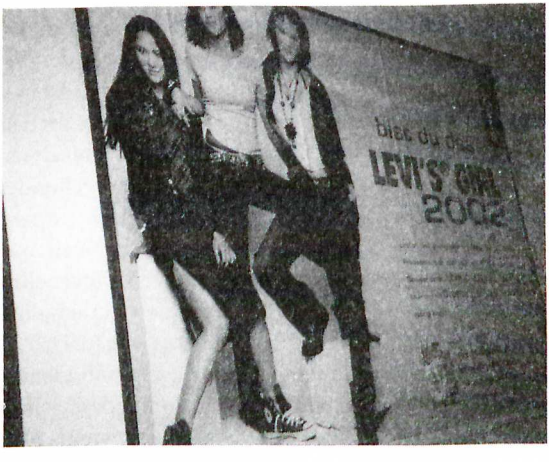
Das Konzept der Schulautonomie mit Teil-/Vollrechtsfähigkeit und Globalbudgets, das dem Staat die Möglichkeit eröffnet, sich schleichend von der Finanzierung des öffentlichen Bildungssystems zurückzuziehen, ist der Dreh- und Angelpunkt für die Kommerzialisierung und Privatisierung des Bildungssektors. Um die Schulentwicklung voranzutreiben, die LehrerInnen besser zu schulen, Projekte zu finanzieren, didaktisches Material im Bereich der neuen Technologien zu entwickeln usw. sind die Schulen darauf angewiesen, SponsorInnengelder zu lukrieren und Kooperationen oder Werbeverträge mit Unternehmen abzuschließen.

Die Aufhebung des Werbeverbots ermöglicht großen Firmen nun auch auf diesem Weg, Einfluss auf die Schule zu nehmen. Einerseits hat die Wirtschaft die Kaufkraft der Kinder und Jugendlichen als riesigen Markt entdeckt, andererseits versuchen Konzerne so früh wie möglich eine starke KundInnenbindung aufzubauen. Werbeflächen (Fassaden, Gebäude und Schulhöfe) und Werbeveranstaltungen samt Sponsoring in Schulen sind für die beteiligten Unternehmen im wahrsten Sinne des Wortes „Goldes wert". Dabei sind die dabei aufgewendeten Kosten für die Privatwirtschaft geradezu lächerlich gering, wenn man die dafür ansonsten üblichen, horrenden Preise zum Vergleich heranzieht und bedenkt, dass es damit großen Unternehmen gelingt, das Konsumverhalten in einem möglichst frühen Stadium zu prägen und als informelles Unterrichtsprinzip in den Schulen zu verankern. Dazu kommt noch, dass ein großer Teil dieser Werbeeinnahmen den Vermittlungsfirmen zugute kommt. Euphorische DirektorInnen brüsten sich in österreichischen Qualitätszeitungen, wie viele Werbeflächen sie bereits in ihren „Betrieben" installieren konnten. Sie gelten als dynamische Vorbilder, die ihre trägen KollegInnen zu dementsprechenden Aktivitäten anspornen sollen. In den Schulen werden eigene Teams zusammengestellt, die sich den Kopf zerbrechen, mit welchen Ideen und Aktionen Gelder aufgetrieben bzw. mit welchen Projekten Unternehmen geködert werden könnten. Folgerichtig beginnt die staatliche LehrerInnenfortbildung dieser Entwicklung Rechnung zu tragen. Das Pädagogische Institut in Innsbruck, Abteilung AHS (Allgemeinbildende höhere Schulen), nahm daher im Schuljahr 2001/2002 unter dem Schwerpunktthema „So wird Schule zur Marke" Veranstaltungen wie „SchülerInnen als infor-

melle Werbeträger für die Schule" und „Betteln als Kunst – Tipps für erfolgreiches Fundraising" in sein Programm auf. In der Beschreibung dieser LehrerInnenfortbildung bringt der Leiter, ein PR-Berater aus der Privatwirtschaft, den bildungspolitischen Hintergrund offen auf den Punkt:

> Jeder kennt die Schlagzeilen „Staat muss sparen", „die öffentlichen Mittel werden knapp". Dabei wachsen die Anforderungen an Schulen ständig, sowohl was die Inhalte betrifft, als auch die Ausstattung mit Unterrichtsmitteln. Die „öffentliche Hand" sieht sich nicht mehr in der Lage, diese Ressourcen zu finanzieren. Es stellt sich die Frage: „Wie kann ich mehr Unterstützung von Privatpersonen oder Unternehmen erreichen?". Inhalt der Veranstaltung: Tipps und Anregungen Gönner zu finden und diese auch längerfristig durch effiziente Nachbetreuung zu halten.[10]

Während im Unterricht Projekte zur kritischen Hinterfragung der Unternehmenspolitik von Mc Donald oder der Ursachen von Magersucht durchgeführt werden, marschieren die SchülerInnen an riesigen Plakaten mit leckeren Hamburgern und magersüchtigen Kindfrauen vorbei.



Levis-Werbung im Hauptdurchgang der Gymnasien am Adolf-Pichler-Platz Innsbruck

Zweifellos, der Einfluss der SponsorInnen auf die Schule wird steigen, diese werden immer stärker darauf drängen, dass ihre Erwartungshaltungen von „aufmüpfigen" LehrerInnen nicht konterkariert werden.[11] Konzerne setzen schließlich dort Werbegelder ein, wo sie sich möglichst hohe Werbeeffekte versprechen. Überdies nimmt die soziale Polarisierung durch die neuen Finanzierungsquellen zu. Die Hauptschule mit einem hohen Anteil an MigrantInnen und Unterschichtkindern ist bei weitem nicht so attraktiv wie ein Gymnasium im „besseren" Viertel.

Die Heranführung der Schule an die Wirtschaft stellt eine der Hauptlinien der EU-Bildungspolitik dar. Folgerichtig fordern Großunternehmer wie FPÖ-Nationalratspräsident Thomas Prinzhorn Fächer-"Relikte" wie Musik und Bildnerische Erziehung zugunsten eines verstärkten Unterrichtens in „Wirtschaft" zu überdenken,[12] während die Wirtschaftsverbände lautstark nach mehr ökonomischem Wissen der SchülerInnen rufen und die „Wirtschafts- und Technikfeindlichkeit" der AHS-LehrerInnen anprangern. In zahlreichen und stetig zunehmenden Kooperationen Schule-Wirtschaft wird gemeinsam virtuell oder im kleinen Maßstab real an der Börse spekuliert. Die Zusammenhänge zwischen ‚shareholder-value' und Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und Verelendung in der „Dritten Welt" bleiben ausgeblendet. Nicht nur die BHS (Berufsbildende höhere Schule), auch jede AHS, die etwas auf sich hält oder Geldmittel benötigt, lässt Schulklassen Unternehmen gründen, um das hiefür notwendige Wissen, strategische Denken und Handeln auszubilden. Ganz im Sinne des sozialdemokratischen „Dritten Weges", der sich diesen neoliberalen Denkschemata anpasst, kann dadurch auch in den Schulen „ein neuer Unternehmergeist auf allen Ebenen einziehen" (Blair/Schröder).[13] Bei diesen „Klassen-Unternehmen" internalisieren die Jugendlichen unkritisch die neue Unternehmenskultur. Ob sie allerdings derart lebensnah simuliert werden, indem sie SchülerInnen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen anstellen, AusländerInnen schwarz arbeiten lassen, niedrigste Steuersätze zahlen und den Wohlfahrtsstaat als unfinanzierbar darstellen, den Frauen ein Drittel weniger Lohn zahlen und Kinderbetreuungseinrichtungen nur als Fremdwort kennen, sei dahingestellt.

Verwaltungsreform und Umstrukturierung des Lehrpersonals

Speziell auf Österreich bezogen wird der Versuch der zunehmenden Privatisierung der Schulen und ihre Verwandlung in einen Dienstleistungsbetrieb besonders deutlich im sogenannten „Raschauerbericht", in dem die vom Bundesministerium für öffentliche Leistung und Sport (Vizekanzlerin Riess-Passer) beauftragte Aufgabenreformkommission im März 2001 ihre Vorschläge zur Verwaltungsreform vorgelegt hat. Es ist kaum anzunehmen, dass im Schulbereich dieser Bericht in seiner ganzen Radikalität umgesetzt wird, er demonstriert aber deutlich, in welche Richtung marschiert werden soll. In der 13-köpfigen Kommission befanden sich zwar das Wirtschaftsforum für Führungskräfte mit dem Generaldirektor von Shell Austria und einem Vertreter der Firma Reiwag, ein Vertreter der Klagenfurter Firma Fleischmann und Petschnig sowie die Österreichische Industriellenvereinigung mit einem Vertreter der Firma Inzersdorfer, der Schulbereich dagegen war überhaupt nicht repräsentiert. Die Kommission empfahl die Abschaffung der staatlichen Schulverwaltung und die Reduktion staatlicher Genehmigungserfordernisse im Rahmen der Schulführung auf strategische Grundsatzentscheidungen. Stattdessen soll eine die „europakompatible" Ausbildung sicherstellende „Holding" als Dachorganisation für die einzelnen öffentlichen Schulen geschaffen werden, „die ihre ‚Kunden', also die Schüler, betreuen und ausbilden", während die bestehenden finanziellen Leistungspflichten von Bund, Länder und Kommunen zu Beginn der Reorganisation einzufrieren wären. Da die öffentlichen Schulen wie Privatschulen organisiert werden sollen, müssten die SchülerInnen demzufolge als „KundInnen" mit der Schule einen privatrechtlichen Dienstvertrag eingehen. Die Dienstverhältnisse der LehrerInnen, die ihren „pädagogischen Dienstleistungszweck" effizient zu erbringen haben, wären ebenfalls privatrechtlicher Natur. Was dann aber etwa mit den „gekündigten" Kindern und Jugendlichen passieren soll, wird nicht erwähnt.

Durch die Einrichtung einer „Holding" hätte das Ministerium größere Möglichkeiten, die Erreichung von Zielvorgaben bei gleichzeitiger Ressourceneinsparung oder Ressourcenumverteilung durchzusetzen. Bei diversen Konflikten wie Entlassungen, Dienstvertragsverschlechterungen

usw. wäre das Ministerium nicht mehr zuständig und könnte achselzuckend auf die Trennung von Wirtschaft und Politik sowie die neue Verantwortlichkeit der PrivatmanagerInnen der Holding verweisen.

Als unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Übertragung dieser betriebswirtschaftlichen Prinzipien auf das Schulsystem sieht die Kommission logischerweise die Erhöhung der Schulautonomie an. Neben dem „Aufsichtsrat", der den bisher demokratisch legitimierten Schulgemeinschaftsausschuss ersetzt, leitet ein „Vorstand" auf Zeit die Schule, dem im Rahmen eines zugewiesenen Globalbudgets ohne Zweckbindung die Finanz- und Personalhoheit zusteht. Diese dezentralisierte Betriebsverwaltung soll einem Controlling in Form eines Qualitätszertifizierungssystems mit festgelegten „pädagogisch-sachlichen Indikatoren" zur Bewertung „des Personalmanagements, der Organisationsform, aber auch der Unterrichtsmethoden" unter Veröffentlichung der Ergebnisse unterworfen werden. Für die Methodik und Durchführung dieser Qualitätszertifizierung sowie einer zusätzlichen Wirtschaftsprüfung der Schulen empfehlen die AutorInnen die Beauftragung einer Privatfirma bzw. den Rückgriff auf ein bewährtes privatwirtschaftliches Verfahren („Austrian Foundation for Quality-Management").[14] Auf diese Art und Weise würden nicht nur privatwirtschaftliche Instrumentarien und Interessen den Bildungsbereich bestimmen, diese Aufträge wären auch viele Millionen Euro wert.

Nicht zufällig boomen in der finanziell ausgehungerten LehrerInnenfortbildung Bildungs- und Wissensmanagementlehrgänge. Die Industriellenvereinigung stellt jährlich im Rahmen eines Wettbewerbs einen mit 10.000,- Euro dotierten Preis für Qualitätsmanagement an den Schulen zur Verfügung. Die Begründung dafür lautet: „Um im härter werdenden internationalen Wettbewerb bestehen zu können, brauchen die Unternehmen bestqualifizierte Mitarbeiter. Schulen müssen sich zu Dienstunternehmen entwickeln und sich dem Wettbewerb mit anderen Bildungseinrichtungen stellen." Der Generaldirektor von Philips Austria forderte in den Schulen eine „Obsession to win."[15] Das deutsche Bundesland Schleswig-Holstein plant ab 2003 ein „Schul-TÜV". Durch eine externe Evaluation „auf Grundlage klarer Standards" sollen die Schulen auf ihre Leistungsfähigkeit gecheckt und ein öffentliches Schulranking durchgeführt werden.[16] Der Zunahme von mehr Eigenverant-

wortung und Autonomie an den Schulen stehen als Preis externe Qualitätskontrollen und eine Verstärkung zentraler Steuerung durch computergestützte nationale und internationale Evaluationsverfahren gegenüber. Die Konzentration auf Leistungs- und Qualitätssteigerung verdrängt dabei die Problematisierung ungleicher Bildungschancen.

Die geplante Umstrukturierung des Lehrpersonals mit ihrer Überstellung vom BeamtInnen- ins Angestelltenschema[17] fördert zwar eine erhöhte Arbeitsplatzflexibilität, die Abschaffung des BeamtInnenstatus für LehrerInnen bedeutet jedoch den Rückzug des Staates aus der öffentlichen Bildung als Hoheitsaufgabe zugunsten der Marktkräfte. Dies hieße wiederum, dass der Staat nicht mehr für eine ausreichende Zahl an Arbeits- und Ausbildungsplätzen für LehrerInnen sorgen müsste und eine massive Entwicklung von festangestellten Beschäftigten hin zu atypischen Beschäftigungsverhältnissen, freien MitarbeiterInnen und schlecht bezahlten Mc-Jobs im Bildungsbereich einsetzen würde. Generell wird folgende Strategie verfolgt:

Verbilligung (Arbeitszeitmodelle, Planstellenkürzungen, Arbeitszeitverlängerung, Erhöhung der Gruppengrößen etc.) und Flexibilisierung (BeamtInnendienstrechtsänderungen, Überführung in ungesicherte Arbeitsverträge, Anpassung an SchülerInnenströme etc.) der LehrerInnenarbeit bei gleichzeitiger Forderung nach umfassender intrinsischer Motivation der Lehrenden (Binnenoptimierung durch Erhöhung der Selbstausbeutung mittels Leistungsanreizen und Belebung des „pädagogischen Eros").

Da die Kürzung von Planstellen und die Verlängerung der Arbeitszeit auf Grenzen stößt, spielt der Appell an den Idealismus und das Ethos der LehrerInnen eine immer größere Rolle.[18] Dabei ist nicht außer acht zu lassen, dass die hohen Investitionen in die technische Ausstattung der Schulen zulasten des Personals geht. Von den Lehrenden wird nun zwar weit mehr verlangt als unterrichten, erziehen und administrieren. Die Reorganisation des „Betriebs", die Erstellung von Schulprogrammen, Leitbildern und Profilsetzungen, Team-, Projektarbeit und Schulentwicklung generell werden jedoch als neuer integrativer Bestandteil der LehrerInnentätigkeit im Sinne unbezahlter Mehrarbeit betrachtet. Diese neuen Arbeitsfelder und der ungeheure Zeitaufwand für die Entwicklung von e-learning-Materialien bzw. computergestützter

Didaktik werden daher möglichst kostenneutral in die Selbstverantwortung der Schule bzw. der Lehrenden delegiert. Der Weg zur Umsetzung ist der Basis großzügig freigestellt, ein Entgelt dafür muss durch Drittmittelakquirierungen selbst aufgebracht werden.

Eine andere Wissensgesellschaft tut Not

Eine Gesellschaft, in der das Wissen auf „kognitiv-instrumentelle technowissenschaftliche Kenntnisse" verengt als Eigentum privater Firmen behandelt und wie Sachkapital verwertet wird, ist nicht wirklich eine Wissensgesellschaft, „in der die Entwicklung der menschlichen Fähigkeiten und Beziehungen das entscheidende Ziel" darstellt und in der Wissen in eine umfassende Kultur eingebettet ist, um als Gemeingut zur allseitigen Entfaltung der Individuen jenseits der Waren- und Geld-, Kauf- und Verkaufsbeziehungen beizutragen.[19] Es geht um breite Allgemeinbildung für alle, nicht nur um elementare Grundbildung plus Computer-User-Wissen für die breite Masse und Elitebildung für wenige; es geht darum, den Menschen zu stärken und ihn zu befähigen, Subjekt seiner Handlungen zu sein. Der weitere Ausbau und nicht der Abbau des Wohlfahrtsstaates ist notwendig, um soziale Chancengleichheit und das Menschenrecht auf Bildung für alle zu gewährleisten. Diese Werte haben in der Bevölkerung immer noch ein starkes Gewicht, sie müssen so wie im Sozialstaatsvolksbegehren wieder stärker thematisiert und bewusst gemacht werden und können als bündnisfähige Leitvorstellungen genutzt werden. Der Erfolg der neuen Bildungspolitik hängt von der Akzeptanz in der Gesellschaft und im Kreis der Lehrenden ab. Die Selbstausbeutung erkennbar zu machen, sie zu benennen und abzulehnen ist ein wichtiger Schritt zur Politisierung. Durch Bündnisse mit Eltern, SchülerInnen, den Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen sowie kritischen Bewegungen ist jede Kürzung und Verschlechterung lautstark mit Protesten zu beantworten. Statt marktförmiger Ausrichtung kann die Autonomie genutzt werden, demokratische Schulprogramme zu erstellen und Ressourcen einzufordern, um im Unterricht globale Schlüsselprobleme zu bearbeiten, historisch-politisches Bewusstsein zu vermitteln, Widerstän-

digkeit und kritische Mündigkeit zu unterstützen bzw. einzuüben und eine Demokratisierung der Strukturen, Inhalte und Methoden in einer Schule für alle Kinder und Jugendlichen anzupeilen.[20]

Anmerkungen

1 Riccardo Petrella (Berater der Europäischen Kommission): Humanressourcen für den Weltmarkt. Fallstricke der Erziehungspolitik, in: Le Monde diplomatique, 10.11.2000.
2 Samuel Stuhlpfarrer: Bildung im Dienste der Wirtschaft, in: http://www.derfunke.at/zeitung/f37/bildung-neolib.htm.
3 Petrella: Humanressourcen, in: Le Monde diplomatique, 10.11.2000.
4 Ebd.
5 http://www.workshop-zukunft.de/newsletter/archiv.html (bmbf – 29. November 2001).
6 Horst Bethge: Bildungspolitik der „neuen Mitte" (I und II). Anmerkungen zur Neuvermessung von Staat, Markt und Bildung, in: http://www.linksnet.de/artikel.cfm?id=288 und http://www.linksnet.de/artikel.cfm?id=289 (9. und 10.3.2001).
7 Petrella, Humanressourcen, in: Le Monde diplomatique, 10.11.2000.
8 Bethge, Bildungspolitik der „neuen Mitte", in: http://www.linksnet.de/artikel.cfm?id=288 und http://www.linksnet.de/artikel.cfm?id=289 (9. und 10.3.2001).
9 Ebd.
10 Programm des Pädagogischen Institutes des Landes Tirol, Abteilung AHS, 2001/2002, S. 25.
11 Siehe etwa die kostenlose Aufstellung von Spielautomaten für 12-18jährige im Salzburger Gymnasium Nonntal im Rahmen des Schulsponsoring, in: Der Standard, 7.7.2001.
12 Der Standard, 24.8.2000.
13 Zit. n. Bethge, Bildungspolitik der „neuen Mitte" (I und II), in: http://www.linksnet.de/artikel.cfm?id=288 und http://www.linksnet.de/artikel.cfm?id=289 (9. und 10.3.2001).
14 Siehe „Raschauer-Bericht", pdf-Dokument, S. 42-49, in: http://www.kuli.net/download.htm.
15 Der Standard, 19.11.1999.
16 Deutsche Presseagentur, 11.2.2002.
17 Siehe etwa Die Presse, 2.3.2002 (Interview mit Vizekanzlerin Riess-Passer).
18 Bethge, Bildungspolitik der „neuen Mitte" (I und II), in: http://www.linksnet.de/artikel.cfm?id=288 und http://www.linksnet.de/artikel.cfm?id=289 (9. und 10.3.2001).
19 Textbeitrag André Gorz, Welches Wissen? Welche Gesellschaft? für den Kongress der Heinrich-Böll-Stiftung „Gut zu wissen" vom 4.-6. Mai 2001 in Berlin, in: http://www.wissensgesellschaft.org/themen/orientierung/welchegesellschaft.pdf.
20 Siehe detailliert Empfehlungen des Widerstandes bei Bethge, Bildungspolitik der „neuen Mitte" (I und II), in: http://www.linksnet.de/artikel.cfm?id=288 und http://www.linksnet.de/artikel.cfm?id=289 (9. und 10.3.2001).